

COMMUNIQUE

Künftige Finanzierung des Agglomerationsverkehrs in der Schweiz

Prüfungswerte Vorschläge

Der Schweizerische Strassenverkehrsverband FRS hat den Bericht und die Empfehlungen der Expertengruppe „Finanzierung des Agglomerationsverkehrs“ zur Kenntnis genommen. Der Strassenverkehrsverband FRS ist bereit, die gemachten Vorschläge – insbesondere auch die Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlags um fünf Rappen pro Liter – einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen. Bereits heute macht der FRS die Steuererhöhung aber davon abhängig, dass die Rückstellung in der Strassenkasse von beinahe 3,5 Milliarden Franken vom Bund für Strassenzwecke freigegeben, die Finanzierung des Strassenwesens in einen Fonds überführt und die Beiträge an Infrastrukturprojekte des Agglomerationsverkehrs auf jährlich maximal 300 Millionen Franken limitiert werden.

Gemäss Bundesamt für Strassen (Astra) haben sich die Stautunden auf den Nationalstrassen in den letzten vier Jahren beinahe verdoppelt, obwohl die Verkehrszunahme lediglich gut drei Prozent pro Jahr betrug. Während die Stautunden auf den Nationalstrassen infolge Verkehrsüberlastung im vergangenen Jahr gegenüber 1999 um 26 Prozent angestiegen sind, nahmen die Stautunden wegen Unfällen, Baustellen und anderen Ursachen um bis zu 18 Prozent ab. Der stärksten Belastung waren die städtischen Agglomerationen und die Hauptachsen längs des Genfersees sowie im Mittelland (Raum Bern–Basel–Luzern–Zürich) ausgesetzt.

Angesichts dieser Tatsachen besteht für den Strassenverkehrsverband FRS dringender Handlungsbedarf. Denn Staus machen weder ökonomisch, ökologisch noch gesellschaftlich Sinn. Nebst der „Avanti“-Initiative, die vom Bund verlangt, dass er sich für die angemessene Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastrukturen einsetzt, tragen auch die Empfehlungen der Expertengruppe „Finanzierung des Agglomerationsverkehrs“ den gegenwärtigen und absehbaren Kapazitätsengpässen Rechnung. Der FRS erachtet die vorliegenden Empfehlungen daher als prüfungswerte Vorschläge, wie der Agglomerationsverkehr in der Schweiz optimiert und in Zukunft finanziert werden kann.

Der Strassenverkehrsverband FRS teilt die Auffassung der Expertengruppe, dass die vermehrte Verwendung von zweckgebundenen Treibstoffmitteln für den Agglomerationsverkehr einer Verfassungsänderung bedarf. Der damit verbundenen Empfehlung, den Mineralölsteuerzuschlag um fünf Rappen pro Liter zu erhöhen, steht der FRS grundsätzlich positiv gegenüber, sofern davon auch von Kantonen und Gemeinden postulierte Strassenprojekte profitieren. Im Zusammenhang mit der Zweckbindungsfrage und dem längerfristig angestrebten „Programmfinanzungs“-System beurteilt der FRS die allfällige Bildung eines neuen Fonds – analog jenem für Eisenbahngrossprojekte (FinöV) – als eine diskutabile Lösung. Schon im Rahmen der FinöV-Debatte hatte der FRS den grossen Finanzierungsbedarf für den Agglomerationsverkehr erkannt und dessen Berücksichtigung bei der Fondslösung gefordert, stiess dazumal jedoch auf taube Ohren.

Bern, den 29. Mai 2001